

Redebeitrag

Plenum 23.11.2015

Dok. 78-81 & 85 – Geschäftsführungsverträge TAO-TRIANGEL-BRF-WfG-JB
-Vivant (A. Mertes)-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Herr Präsident,

Mitglieder in Regierung und Parlament,

Werte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Zuerst möchte ich auf eine allgemeine Feststellung eingehen, die während den Beratungen zu diesen verschiedenen Geschäftsführungsverträgen im Ausschuss gemacht wurde:

Die Einrichtungen erhalten immer mehr Aufgaben. Einerseits von der DG-Regierung selbst, andererseits durch Vorgaben der EU oder des Föderalstaates.

Die klassische Politik will also immer mehr regeln, und das tief bis in die Einrichtungen, deren Aktivitäten nah am Bürger sein sollen.

Mehr Aufgaben bedeutet auch mehr Verwaltungsaufwand. Oftmals, aber nicht immer, wird mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Das alles muss dann vom Steuerzahler getragen werden. Doch will er das alles?

Und was steckt dahinter? Wozu muss immer mehr von der öffentlichen Hand vorgegeben, definiert und geregelt werden? Sind wir Bürger nicht mehr in der Lage vernünftig und friedlich zusammenleben?

Zurzeit sieht es wohl genau anders herum aus. Die meisten Probleme werden von der herrschenden Schicht erschaffen und von der klassischen Politik unterstützt. Ich erinnere an die Ursachen der Flüchtlingswellen, nämlich Ausbeutung vieler 3.-Welt-Länder und das Kriegstreiben im Nahen Osten. Dann die geplanten, den internationalen Konzernen dienenden, Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA. Und das Finanz-und Geldsystem, das insbesondere durch den Zinszinsmechanismus nur einer Elite dient.

Fakt ist, dass Dienste, Einrichtungen und auch die Bürger immer mehr bevormundet werden.

Fraktion im PDG V.o.G.

Natürlich sind die Minister politisch für die Dienste, in ihren Zuständigkeiten, verantwortlich. Als Aufsichtsbehörde, müssen die Ministerien darauf achten, dass Gelder nicht missbraucht werden, also sich beispielsweise niemand bereichert.

Doch bedeutet das auch, dass die Regierungen deswegen alles kontrollieren müssen?

Systematisch wird auf all diesen Ebenen an einem Ausbau der Kontrollinstrumente gearbeitet. Auch die DG-Regierung eifert dabei vorne mit.

Sie instrumentalisiert die ihr zur Verfügung stehenden Mittel, wie diese Geschäftsführungsverträge dazu, ihre Macht weiter auszubauen.

Dies geschieht nicht offensichtlich, nein viel mehr sehr subtil. Offensichtlicher ist da schon, wie sie Pöstchen in öffentlichen Einrichtungen besetzt.

Bei den Anhörungen zu diesen Verträgen und den Haushaltsentwürfen fiel mir auf, dass viele der Verantwortlichen dieser Einrichtungen entweder vorher in einem Kabinett oder in einer Fraktion tätig waren.

Nicht umsonst reden die Bürger inzwischen offen über so genannte Schattenkabinette.

Immer häufiger berichten uns besorgte Bürger, Mitarbeiter aus den Diensten oder Bekannte und Verwandte derselben, dass Druck auf die im öffentlichen Dienst beschäftigten ausgeübt wird. Nicht unbedingt unmittelbar von der Regierung bzw. den Ministern.

Nein, es scheint so eine Stimmung aufzukommen, die an das berühmte Damoklesschwert erinnert. Die Menschen an der Basis fühlen, was von politischer Seite nicht erwünscht ist. Wenn's sein muss, wird auch schon mal von höherer Stelle nachgeholfen.

Hier in diesem Hause wird uns natürlich von Seiten der Mehrheit eine andere möglichst saubere Fassade gezeigt. Und Andere schweigen.

Solange diese Regierung zuerst eigene Interessen in den Vordergrund stellt, werden wir solchen Verträgen nicht zustimmen.

Dabei wäre es so einfach: Schaffen Sie eine Basis des Vertrauens, des gegenseitigen Respektes und des Miteinanders und sie werden wahrlich Großes erreichen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alain Mertes
Vivant-Fraktion